

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 06.06.2018

Von Gerrit Hoekman

07.06.2018

Soziale Proteste in Amman

*Demonstrationen gegen neoliberale Maßnahmen zwingen jordanischen
Premierminister zum Rücktritt*



Die arabische Straße verschafft sich Gehört: Am Sonntag fanden in Amman Massenkundgebungen gegen die Regierung statt

Foto: Muhammad Hamed/Reuters

Der jordanische Premierminister Hani Mulki ist am Montag zurückgetreten. Er zog damit die Konsequenz aus den seit Tagen andauernden Protesten gegen die Erhöhung der Einkommenssteuer. Auch am Sonntag hatten wieder Tausende Demonstranten vor Mulkis

Amtssitz in der Hauptstadt Amman gegen die Regierung gerichtete Parolen skandiert. Mulki war seit Juni 2016 im Amt.

Am Wochenende versuchte der Premier noch, sein Vorgehen zu verteidigen. Angesichts der Schulden, die das Königreich der Haschemiten angehäuft habe und dem latenten Haushaltsdefizit, gehe kein Weg daran vorbei, die Einnahmen zu erhöhen. Außerdem seien die Maßnahmen die Vorbedingung für weitere Kredite des Internationalen Währungsfonds. Diese Politik treffe vor allem die Armen und die Mittelschicht, sagen Kritiker, zu denen auch die Gewerkschaften gehören.

Bereits Anfang des Jahres hatte die Regierung die Umsatzsteuer drastisch erhöht und die Subventionen der Brotpreise reduziert. Vergangene Woche beschloss sie auch noch, die staatlich festgelegten Preise für Öl und Strom aufgrund der Preisentwicklung auf dem Weltmarkt deutlich anzuheben.

Hinzu kommt die Million Flüchtlinge aus Syrien, die ein großes finanzielles Problem für Jordanien darstellt. »Die Welt hat ihre Verantwortung nicht völlig übernommen«, sagte König Abdullah am Montag in einer Erklärung. Soll heißen: Amman zahlt drauf. Darüber hinaus verschlingt die Sicherung der Grenze zu Irak und Syrien Unsummen. Die öffentlichen Kassen sind leer, es fehlt Geld für Bildung und im Gesundheitswesen.

Abdullah tut unterdessen das, was er immer tut, wenn das Volk aufbegehrt – er macht sich zum Anwalt der kleinen Leute. »Die Bürger haben absolut recht und ich werde nicht akzeptieren, dass sie leiden«, ließ er seine Untertanen wissen. Die Jordanier würden mit den Protesten zeigen, wie sehr ihnen an einer besseren Zukunft gelegen sei. »Was ich in den vergangenen Tagen gesehen habe, macht mich glücklich und stolz, ein Jordanier zu sein«, zitierte ihn am Montag die *Jordan Times*.

Als die Proteste zum Wochenende hin an Heftigkeit zunahmen, wies der Monarch den Premier offenbar an, die Preiserhöhungen vorübergehend zurückzunehmen. Das beruhigte die Gemüter allerdings nicht. Und selbst jetzt, wo Mulki seinen Hut genommen hat, kehrt keine Ruhe ein. In der Nacht zu Dienstag demonstrierten erneut Tausende, nicht nur in Amman, sondern auch in anderen Städten des Landes.

Bis jetzt konnte sich Jordanien aus den Wirren, von denen die arabische Welt erfasst ist, heraushalten, was angesichts der Kriege im Irak und in Syrien beinahe an ein Wunder grenzt. Der Islamische Staat verschonte Jordanien. Warum, bleibt unklar. Denn auch im Reich von Abdullah gibt es Dschihadisten.

Ob sie den sozialen Aufruhr, der jetzt im Gange ist, für sich nutzen wollen und können, bleibt abzuwarten.

Abdullah hat Erziehungsminister Omar Al-Rassas mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt, wie *BBC* am Montag meldete. Die Demonstranten halten das für einen schlechten Witz: Al-Rassas war früher Ökonom bei der Weltbank.